

Gut jedes dritte kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in und um Frankfurt a. M. hat in den vergangenen fünf Jahren eine existenzielle Krise durchlebt, heißt es in der PM des IfM Bonn vom 17.2.2020. Ein ähnliches Bild zeige sich für die Städte London, Paris und Madrid. Nur in Mailand seien deutlich weniger KMU (23 %) von Krisen betroffen gewesen. Zu diesem Ergebnis komme die europaweite Studie „Building resilience in under-represented entrepreneurs: A European comparative study“, für die mit Unterstützung von J. P. Morgan insgesamt 2975 Unternehmen zu ihrem Umgang mit Krisen und zu ihren Präventionsmaßnahmen befragt worden waren. Für Deutschland hätten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen des IfM Bonn die Befragungsergebnisse ausgewertet. Für den deutschen Teil der europäischen Vergleichsstudie seien über 500 KMU mit bis zu 99 Beschäftigten in Frankfurt und Umland zu ihrem Umgang mit Krisen und zu ihren Präventionsmaßnahmen befragt worden. „Im Vergleich mit den anderen europäischen Städten zeigen sich [...] kaum Unterschiede hinsichtlich der Krisenauslöser“, berichtet die IfM-Wissenschaftlerin *Dr. Susanne Schleppehorst*. „Vor unerwarteten Liquiditätsengpässen ist letztlich niemand gefeit – auch wenn sich nach eigenen Angaben die Mehrheit der Unternehmen in und um Frankfurt frühzeitig bewusst mit möglichen Krisenszenarien auseinandergesetzt haben.“ Entsprechend blickten die Führungskräfte kleiner und mittlerer Unternehmen im Großraum der Mainmetropole gelassener als in den anderen europäischen Vergleichsstädten in die Zukunft: Nur jede vierte Führungskraft (24,2 %) habe ihr Unternehmen durch eine Herausforderung wie bspw. den Verlust wichtiger Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen bzw. Kunden oder Kundinnen bedroht gesehen. Zum Vergleich: In Madrid sei es jede zweite KMU-Führungskraft – und in London, Paris und Mailand mehr als jede dritte gewesen. Die Studie ist auf der Homepage des Enterprise Research Centre (www.enterpriseresearch.ac.uk), das die europäische Vergleichsstudie geleitet hat, abrufbar. – Am 17.6.2020 findet eine BB-Fachkonferenz zur EU-Restrukturierungsrichtlinie statt. Weitere Informationen dazu finden Sie unter <https://veranstaltungen.ruw.de>; zu der Veranstaltung wird auch ein BB-Schwerpunktheft „Insolvenzrecht – EU-Restrukturierungsrichtlinie“ erscheinen (BB 25).



Gabriele Bourgon,
Ressortleiterin
Bilanzrecht und
Betriebswirtschaft

Rechnungslegung

EY: Zahl der Gewinnwarnungen auf Rekordniveau – Autoindustrie am stärksten betroffen

Die Zahl der Gewinn- und Umsatzwarnungen hat in Deutschland im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht: Die 306 im Prime Standard gelisteten Unternehmen veröffentlichten insgesamt 171 Gewinn- oder Umsatzwarnungen – ein Anstieg um 25 % gegenüber dem Vorjahr. Nur im DAX ging die Zahl der Warnungen zurück: von 16 auf 11. In den übrigen Indizes wurde hingegen deutlich häufiger vor schlechten Zahlen gewarnt als im Vorjahr. Erstmals seit dem Jahr 2014 lag die Zahl der Unternehmen, die ihre eigenen Ziele verfehlten, zudem höher als die Zahl derer, die sich besser als angekündigt entwickelten: Insgesamt 125 positive Gewinn- oder Umsatzerwartungen wurden veröffentlicht – weniger als im Vorjahr, als noch 137 Mal die Prognosen nach oben korrigiert wurden. Das sind Ergebnisse einer aktuellen Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY, die veröffentlichungspflichtige Korrekturen an Gewinn- und Umsatzprognosen seit dem Jahr 2011 untersucht. „2019 war ein sehr schwieriges Jahr für viele deutsche Unternehmen. Die Aussichten waren zwar ohnehin nicht übermäßig positiv – tatsächlich entwickelten sich die Geschäfte aber vielfach noch schlechter als erwartet“, beobachtet *Dr. Martin Steinbach*, Partner und Leiter des Bereichs IPO and Listing Services bei EY. „Die weltweite Konjunktur hat deutlich an Kraft verloren, der amerikanisch-chinesische Handelskonflikt sorgte an den Börsen für zusätzliche Unsicherheit.“ Bemerkenswert sei allerdings die immer noch recht hohe

Zahl an Aufwärtskorrekturen, betont *Dr. Marc Förstemann*, Partner bei EY in der operativen Restrukturierungsberatung: „Die Industrie steht zwar enorm unter Druck – auf der anderen Seite machen aber beispielsweise Immobilienunternehmen, Pharmakonzerne und spezialisierte Technologieunternehmen nach wie vor gute Geschäfte – und übertreffen sogar ihre eigenen Prognosen. Wir sehen also nach wie vor keine flächendeckende Krise.“ Die meisten Warnungen kamen im vergangenen Jahr aus der Automobilbranche: Zehn der zwölf börsennotierten Autokonzerne bzw. -zulieferer mussten ihre Prognosen nach unten korrigieren. Neben der Automobilindustrie erwiesen sich Branchen mit engen Verbindungen zur Automobilbranche im vergangenen Jahr als besonders anfällig – so musste gut jedes zweite Chemieunternehmen seine Erwartungen nach unten korrigieren.

(PM EY vom 18.2.2020)

Wirtschaftsprüfung

IDW: Trendwatch – Neue Mobilität im Automobilssektor gestalten

Die Automobilindustrie – so das Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) – ist für die deutsche Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Automobilhersteller und -zulieferer beschäftigten in Deutschland rd. 820 000 Menschen. Die Branche befindet sich derzeit vermutlich im größten Umbruch seit der Erfindung des Automobils, und viele Indikatoren deuteten auf schwierige wirtschaftliche Zeiten hin. Der zunehmende Fokus auf Klimarisiken sowie die Digitalisierung beschleunigten diesen tiefgreifenden Wandel. Derzeit finde ein Wandel statt, der in seinem Umfang und Ausmaß für die

Automobilindustrie beispiellos sei. Als Katalysator wirkten soziologische und gesellschaftliche Veränderungen wie die verstärkte Urbanisierung und das Voranschreiten der Shared Economy. Besteht das Risiko, dass diese Schlüsselindustrie und seine Zulieferer deutlich geschwächt werden könnten? Das IDW beobachtet einen globalen Wettbewerb mit völlig neuen Akteuren. Die Industrie und damit auch die Automobilindustrie werde vermehrt in Richtung immaterielle Werte denken und entsprechend agieren müssen. Das Sicherstellen von Software-Updates im Fahrzeug und der Datenschutz bei Übertragungen aus dem Fahrzeug würden zukünftig genauso wichtig sein wie die Wartung des Antriebs, der Kupplung und der Bremsen. „Für den Automobilstandort Deutschland wird es existenziell sein, Wandel und Innovation konsequent voranzutreiben, um im Wettbewerb bestehen zu können. Dabei sind Umwelt, Menschenrechte und Datenschutz zu berücksichtigen – im Automobilssektor wie in allen Bereichen der Gesellschaft“, so Prof. *Dr. Klaus-Peter Naumann*, IDW-Vorstandssprecher. „Unternehmen und Verbraucher tragen eine Verantwortung. Automobilhersteller und Politik müssen dafür sorgen, dass im Kontext dieser Entwicklungen Vertrauen geschaffen und ausgebaut wird: technologieoffen, undogmatisch und nicht voreingenommen. Auch hier gilt: Pragmatismus leben statt Dogmatismus predigen!“, so *Naumann* weiter. Vor diesem Hintergrund hat der IDW-Ausschuss „Trendwatch“ wesentliche Entwicklungen im Automobilssektor zusammengeführt und das jüngste Positionspapier als Impuls für Politik und Unternehmen verfasst. Das IDW-Positionspapier „Die neue Mobili-